

## **Gemeinsamer Antrag der SPD- Fraktion, der CDU Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.08.2012**

---

### **Antrag aller Fraktionen (SPD, CDU und B'90/Grüne) auf Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen zu gewerblichen Zwecken im Erlaubnisfeld Adler-South gemäß § 7 Bundesberggesetz (BBergG)**

#### Sachverhalt:

Das Unternehmen BNK Deutschland GmbH, deren Mutterkonzern in Kanada sitzt, hat beim Regierungspräsidium Darmstadt die Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen nebst den bei ihrer Gewinnung anfallenden Gasen zu gewerblichen Zwecken beantragt.

Das Regierungspräsidium Darmstadt wiederum hat alle Behörden, zu deren Aufgaben die Wahrnehmung öffentlicher Interessen im Sinne des § 11 Nr. 10 BBergG gehört, um Stellungnahme bis zum 31.08.2012 gebeten. Dazu gehört auch die Gemeinde Ahnatal, da sie in dem über 5.000 Quadratkilometer großen Untersuchungsgebiet liegt.

Beim Fracking-Verfahren wird mittels Chemikalien und Wasserdruck versucht, die Gasdurchlässigkeit von unterirdischen Gesteinsschichten (z. B. Tonschiefer), in denen Erdöl und Erdgas seit vielen Jahrtausenden eingelagert ist, so zu erhöhen, dass ein Abbau von beiden wirtschaftlich wird. In den unterirdischen Gesteinsschichten werden Risse (sog. Fracking) erzeugt, so dass z. B. freiwerdendes Gas abgesaugt werden kann. Diese Technik wurde bereits in den USA flächendeckend angewandt und ist äußerst umstritten, da sie eine Reihe von Risiken, insbesondere andauernde Grundwasserverunreinigungen, beinhaltet.

Es wird aufgrund der vorstehenden Ausführungen vorgeschlagen, folgende Beschlüsse zu fassen:

#### Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeinde Ahnatal lehnt aufgrund der Risiken, insbesondere für das Grundwasser, den Antrag der BNK Deutschland GmbH, Eschenheimer Anlage 1, 60316 Frankfurt/Main, auf Erteilung der Erlaubnis bergfreier Bodenschätze (hier: Kohlenwasserstoffe nebst den bei ihrer Gewinnung anfallenden Gasen) zu gewerblichen Zwecken ab.
2. Die Gemeinde Ahnatal fordert alle Behörden, die für das Genehmigungsverfahren zuständig sind auf, keine Genehmigungen für Erkundungen und Förderungen in Nordhessen zu erteilen.

Iris Schmidt  
Fraktionsvorsitzende SPD

Rüdiger Reedwich  
Fraktionsvorsitzender CDU

Michaela Prinz  
Fraktionsvorsitzende B 90/die Grünen